

Legitimation politischer Ordnung in politikdidaktischen Zusammenhängen

Luisa Lemme

Abstract

Ordnungen werden im Vergleich zum fluiden Konstrukt der Kultur als eine manifeste Struktur verstanden. Jedoch sind Ordnungen nicht - wie es das Bild der festen Struktur impliziert - natürlicherweise vorhanden. Sie entstehen in Aushandlungsprozessen und ihr Erhalt bedarf einer fortlaufenden Bestätigung. Ordnungen unterliegen also einer Dynamik, in der sie entweder in ihrer bestehenden Form tradiert, weiterentwickelt oder aufgelöst werden. In dem Beitrag wird diese Dynamik unter dem Aspekt politischen Urteilens betrachtet. Die Frage, welche normativer Argumente als Grundlage politischer Urteile für die Stabilität einer politischen Ordnung relevant sind, wird anhand von entsprechenden empirischen Befunde einer qualitativen Studie bearbeitet.

1. Einleitung

Als „Sammelbegriff für alle (tatsächlichen und denkbaren) Herrschaftssysteme“ (Schubert und Klein 2007, 234) kann politische Ordnung zu jenen Begriffen gezählt werden, die in der Praxis sozialwissenschaftlicher Bildung alltäglich und unverzichtbar, gleichwohl aber auch deutungsoffen sind (Klee u. a. 2013, 97ff.). Solche „Begriffe [...] sind im Grunde abstrakte Ideen, die dazu beitragen, einer Menge unsortierter Informationen Sinn und Ordnung zu geben. Begriffe verwendet man, da sie auf mehr Situationen und Erfahrungen anwendbar sind als die spezifischen Fakten, die ihnen zugeordnet sind“ (Grammes und Wicke 1991, 20). Aus didaktischer Perspektive stellt sich nun die Frage nach den konkreten Potentialen, die der Begriff in Hinblick auf sozialwissenschaftliches Lernen birgt (Klee u. a. 2013, 96).

Der vorliegende Beitrag versucht diese Frage anhand einer subjektorientierten Wendung des Begriffs zu bearbeiten. Das heißt, politische Ordnung wird aus der subjektiven Bedeutung der Lernenden heraus verstanden. Dies geschieht nicht allein unter Bedacht einer Klärung der Lernvoraussetzungen zum abstrakten Gegenstand politischer Ordnung, sondern auch mit dem Verständnis einer tatsächlichen Abhängigkeit der politischer Ordnung von subjektiver Erfahrung. Solche subjektiven Erfahrungen spiegeln sich über die Begründung der Anerkennung einer politischen Ordnung wider. Im Beitrag wird dahingehend weiter argumentiert, dass sich gerade hierdurch wichtige Impulse für

die politische Urteilsbildung finden lassen. Eine erste Annäherung dazu wird abschließend auf Grundlage entsprechender Befunde aus Datenmaterial qualitativer Interviews diskutiert.

2. Der Begriff der politischen Ordnung im sozialwissenschaftlichen Lernkontext

2.1 Überlegungen zur didaktischen Perspektive

Didaktische Überlegungen können auf verschiedene Weise geführt werden. In der Praxis geht der (wohl) übliche Weg über den Fachinhalt zum Unterrichtsinhalt. Dahingehend bietet der Bedeutungskomplex um den Begriff politische Ordnung eine Vielzahl möglicher Lerninhalte, welche sich allein aus der fachlichen Bedeutung heraus herleiten und didaktisch begründen lassen (vgl. dazu Weißeno u. a. 2010, 53ff.). So mag politische Ordnung beispielsweise als Anordnung begriffen werden, die die Strukturen eines politischen Systems, innerhalb derer entsprechende Entscheidungs- und Organisationsprozesse verlaufen, beschreibt. Lerngegenstände fallen hier in den Bereich der Institutionskunde und Staatstätigkeitsanalyse. Unterrichtsfragen lassen sich über eine inhaltliche Ausdeutung von politischer Ordnung finden: *Was bedeutet Gewaltenteilung? Wie wird ein Gesetz verabschiedet? Was für eine Sozialpolitik gibt es in Deutschland?* Überdies ließe sich Ordnung in Abgrenzung zu politischem Chaos verstehen. Hier gibt zum Beispiel der fachliche Diskurs um Gefährdungen der Demokratie (vgl. Brodocz 2008) Bezugspunkte für die Unterrichtsgestaltung. Politische Ordnung wird dabei unter funktionalen Aspekten beleuchtet. Mögliche Unterrichtsfragen können in Gefahrenpotenzialen für die Funktionsweise der politischen Ordnung gefunden werden: *Wie gut funktioniert das deutsche Sozialsystem? Welche Auswirkungen hat Terrorismus?* Sowohl inhaltlich als auch funktional lässt sich politische Ordnung zudem auf der Wert- oder/und auf der Sachebene betrachten. Politische Ordnung bleibt bei dieser Herangehensweise ein fixierter Gegenstand, der von außen beschrieben, analysiert und bewertet wird.

Eine andere Möglichkeit der didaktischen Annäherung ist es, den Inhaltskomplex der politischen Ordnung mit den Lernenden in Verbindung zu bringen und von hieraus didaktisch zu rekonstruieren (vgl. Klee u. a. 2014). Im Vordergrund steht hier ein kontextualisiertes Lernen, wobei Inhalte innerhalb des Kontextes politisch relevanter Situationen vermittelt werden (Klee u. a. 2014,77). Der Kerngedanke dabei ist, [d]ie unterrichtliche Inszenierung von politischen Prozessen [...] nicht den Anschein von linearen, strukturierten Abläufen mit klaren Interessenstrukturen implizieren“ (Klee u. a. 2014,77) zu lassen. Denn so würde „die in der Alltagswahrnehmung zu Tage tretende Gleichzeitigkeit, Vielschichtigkeit und (Über)Komplexität von Politiken nicht ausreichend thematisiert“ (Klee u. a. 2014,77) werden.

In diesem Sinne wird zunächst die didaktische Perspektive hinterfragt: Versetzt man den Begriff politische Ordnung - zunächst ohne eine inhaltliche Ausdeutung - in die Rolle eines Lerngegenstan-

des, lassen sich die dadurch entstehende Situationen als verschiedene Systeme begreifen. So werden die Lernenden beispielsweise dazu angehalten das politische System, um dessen Ordnung es geht - wobei es für die Betrachtung zunächst gleich ist, ob es sich um ein nationales, globales oder anderes politisches System handelt - zu beobachten. Das *Beobachten* ergibt sich hier aus der Terminologie Luhmanns (2004) und bezieht sich nicht auf eine systematische Beobachtung im Sinne empirischer Sozialforschung oder einer Heuristik, sondern auf eine Draufsicht auf ein System, wie sie bei der Auseinandersetzung mit dem Begriff politische Ordnung induziert wird: „Beobachten ist das Handhaben einer Unterscheidung zur Bezeichnung der einen und nicht der anderen Seite“ (Luhmann 2004, 143). Gleich wie dieses in der konkreten Lernsituation geschieht, sollten die Lernenden im Sinne eines kontextualisierten Lernens Teil dieses Systems bleiben. „Der Beobachter kommt nicht irgendwie oberhalb der Realität vor, er fliegt nicht über den Dingen und betrachtet nicht von oben, was vor sich geht“ (Luhmann 2004, 142). Dieses Beobachten bzw. die Lernenden als Beobachter lassen sich nun wiederum aus didaktischer Perspektive beobachten (Luhmann 2004, 155)¹. Diese Verständnis der didaktischen Perspektive eignet sich, erstens, um komplexe Begriffe, wie den der politischen Ordnung, zu erschließen. Zweitens, ist er anschlussfähig für die lerntheoretischen Überlegungen der didaktischen Rekonstruktion (vgl. auch Klee 2008, 20), die ein Modell zur inhaltlichen Strukturierung von Fachinhalten bietet. Beide Punkte sollen im Folgenden erläutert werden.

2.2 Subjektive Wendung des Begriffs politischer Ordnung

Ausgangspunkt der hier geführten Betrachtung² ist es also, dass gleich in welcher Weise sich Lernende mit politischer Ordnung auseinandersetzen, sie auch außerhalb der Lernsituation in einer Beziehung zu ihr stehen. Dieser Bezug ist anschaulich: Gleich dessen, was der Begriff politische Ordnung im konkreten Lernzusammenhang bezeichnet, ist das durch ‚politische Ordnung‘ bezeichnete ein Teil der Alltagswelt der Lernenden. Ihr Leben gestaltet sich innerhalb einer politischen Ordnung, die - auf welche auch immer - im Kontext der Unterrichtssituation beobachtet wird. Zudem zeigt sich, dass diese Beziehung wechselseitig ist. Das heißt, dass auch die Lernenden auf das System zurückwirken (vgl. z.B. Vössing 2014, 45). So besteht „[i]n der Demokratieforschung [...] grundsätzlich Übereinstimmung darüber, dass ein Mangel an politischer Unterstützung der politischen Ordnung durch die Bevölkerung erstens dem normativen Selbstverständnis der Demokratie als einer durch die Zustimmung der Bürger legitimierten Herrschaftsordnung widerspricht und zweitens die Stabilität und Leistungsfähigkeit des politischen Systems gefährdet“ (Niedermayer

¹ Das Interaktionssystem Unterricht (vgl. Luhmann 2002, 2004, Lenzen 2002) wird hier bewusst ausgespart um die Betrachtung nicht zu überfrachten.

² Perspektiven auf politische Ordnung, dessen Teil die Lernenden nicht sind, werden hier vernachlässigt (z.B. das politische System Frankreichs).

ZeDiS-Arbeitspapier 5/2016

2001, 95). Jenseits idealtypischer oder theoretisch konstruierter politischer Ordnungsvorstellungen können tatsächlich bestehende Ordnungen also nur aufrecht erhalten werden, wenn sie seitens der Beteiligten anerkannt werden (Westle 2010, 13f., Pickel und Pickel 2006,87). Es wird so nochmals deutlich, dass Beobachter und System in einer für beide Seiten relevanten Wechselbeziehung stehen. Darüber hinaus rückt der Aspekt der Anerkennung in den Vordergrund: Das Beobachten der politischen Ordnung erfolgt nicht nur deskriptiv, sondern stets zumindest implizit bewertend. Beim Beobachten werden normative Kriterien an die politische Ordnung herangetragen. Dies impliziert, dass eine Vorstellung vom Soll-Zustand zugrunde liegt, die mit dem beobachteten Ist-Zustand abgeglichen wird (vgl. Fuchs 2002, 27ff.). Stilisiert ausgedrückt bedeutet dies: Das politische System kann also nur unter Anerkennung des Subjekts bestehen und das Subjekt finden die Gründe für die Anerkennung innerhalb des politischen Systems.

Mit einem auf diese Weise subjektiv gewendeten Begriff politischer Ordnung kann dieser nicht mehr losgelöst von politischer Kultur betrachtet werden (vgl. Günther und Forst 2011). Denn solch „[p]olitisch-kulturelle Vorstellungen sind keine „festen“ Bestandteile der Persönlichkeitssysteme, sondern legitimitätsfähige Deutungsmuster der politischen Welt, die in einem permanenten Reproduktionsprozess erneuert werden müssen“ (Stachura 2005, 69). Übersetzt man Anerkennung mit Legitimation (Klee u. a. 2014, 84ff.) verdeutlicht dies die Prozesshaftigkeit politischer Ordnung: „Legitimation is never complete, and it is always subject to critique by critics who succeed in propagating alternative interpretations. This instability in legitimacy is inherent in its subjective nature“ (Hurd 2005, 502). Politische Ordnung erscheint in dieser Verstehensweise nun nicht mehr als starres und faktische Betrachtungsobjekt, sondern als dynamischer Aushandlungsgegenstand und wird so in besonderer Weise anschlussfähig für weitere politikdidaktische Überlegungen.

2.3 Didaktische Erschließung politischer Ordnung über den Aspekt der Anerkennung

Zunächst öffnet die subjektive Erschließung des Begriffs politischer Ordnung (über den Aspekt der Anerkennung) Gelegenheiten für eine partizipatorische Auseinandersetzung mit Gesellschaft (Klee u. a. 2014). Die Lernenden sind in die Auseinandersetzung mit dem Begriff einbezogen und dies eben nicht nur als Betroffene, sondern als in der Konstruktion des Begriffs wirkungsmächtige Akteure. Des Weiteren lässt eine Fokussierung auf den Aspekt der Anerkennung eine Bezugnahme zu den politikdidaktischen Überlegungen zur politischen Urteilsbildung zu. Denn das Begründen für oder gegen die Anerkennung politischer Ordnung kann - wird es explizit - als politisches Urteilen verstanden werden (vgl. Klee 2007, 146, Juchler 2005, 142).

Letztlich ergibt sich in einer subjektiven Wendung des politischen Ordnungsbegriff eine Analogie zu einer politischen Lehr-Lern-Forschung, die als Ausgangspunkt didaktischer Überlegungen die

ZeDiS-Arbeitspapier 5/2016

lebensweltlichen Vorstellungen³. der Lernenden begreift und Ausgangspunkt für eine empirische Auseinandersetzung sein kann. Demnach bildet politisches Denken „keine objektiv vorgefundenen politischen Herrschaftsstrukturen ab. Vielmehr konstruiert das Individuum Sinnzusammenhänge, welche die in alltäglichen Situationen empfundene politische Komplexität erklärbar machen“ (Lange 2007, 59). Dem liegt ein Verständnis von Lernen als selbstregulierter und konstruktiver Prozess zugrunde (Seidel u. a. 2008, 260; Mietzel 2003, 181, Renkel 2009, 740). Dispositionen, die sich über lebensweltliche Wahrnehmungen konstituieren und prägen, lassen sich dabei nicht ohne weiteres durch fachlichen Unterricht überschreiben (Seel 2000, 143f, Bransford et al 2000, 10, Baumert und Kunter 2006, 477). Neue Lerninhalte müssen daher mit bereits bestehenden in Beziehung gesetzt werden, um diese auszudifferenzieren und in neue Kontexte zu integrieren (Seel 2000, 155). Ohne eine solche Verknüpfung vorhandener Vorstellungen mit neuen Informationen können Alltagswissen und Schulwissen unverbunden nebeneinander bestehen bleiben (Schnotz 1998, 77). Grundlegend für weitere politikdidaktische Überlegungen ist also auch aus lerntheoretischer Sicht eine Auseinandersetzung mit den bestehenden Vorstellungen zum Gegenstand (Dahlgren 1991,36, Kattmann 2004, 47, Richter 2008,155).

Im Fokus der empirischen Auseinandersetzung mit politischer Ordnung steht in Folge der geführten Überlegungen sodann die Frage, welche *Gründe für die Anerkennungen politischer Ordnung auf der Ebene der subjektiven Wahrnehmung an den Gegenstand herangetragen werden*. Das Forschungsziel ist es vorhandene Vorstellungen junger Erwachsener zunächst explorativ zu erschließen und anschlussfähig für weitere politikdidaktische Überlegungen und Forschung zu machen. Im Erkenntnisinteresse stehen dabei die Erkundung des Gegenstands und nicht seine vollständige empirische Erschließung. Einen methodischen Forschungsrahmen dafür bieten die Didaktischen Rekonstruktion, bei der die Untersuchung fachlicher Vorstellungen (fachliche Klärung) mit der Analyse lebensweltlicher Vorstellungen verknüpft und wechselseitig unter den Gesichtspunkten der didaktischen Vermittlung aufeinander bezogen werden (vgl. Gropengießer 2001, Lange 2007, Klee 2008, Lutter 2011). An dieser Stelle wird jedoch nicht das gesamte Forschungsmodell übertragen und ausgeführt; es wird sich lediglich der Methodologie bedient. So wird ein erster Beitrag zu einer umfassenderen didaktischen Erschließung des Begriffs politischer Ordnung geleistet.

3. Empirische Annäherung

3.1 Forschungsstand und Hypothesen

Anders als die politische Demokratie- und Kulturforschung, in der es eine lange quantitative Forschungstradition gerade mit Blick auf politische Ordnung gibt, ist der methodologische Zugang in

³ Unter dem Begriff der Vorstellung werden in diesem Zusammenhang individuell konstruierte, gedankliche Prozesse in Bezug zu einem bestimmten Gegenstand oder einer Gegebenheit verstanden (vgl. Lutter 2007, 75).

ZeDiS-Arbeitspapier 5/2016

der politischen Bildung vor allem durch qualitative Methoden geprägt (Weißeno 2014,103). Auch hier wird - wie bei der Erhebung subjektiver Überzeugungen üblich - ein qualitativer Zugang gewählt (vgl. Hellferich 2011). Nichtsdestoweniger hält die empirische Demokratie- und Kulturforschung Hinweise für die Konstruktion des Erhebungsinstruments bereit. So gliedert Niedermeyer (2001) seine Betrachtung bürgerlicher Einstellung zur politischen Ordnung auf drei Ebenen; er unterscheidet Werte-, Struktur und Performanzebene. „Die Werteebene bezieht sich auf die Idee der Demokratie als politische Ordnungsform im Allgemeinen und auf normative Vorstellungen darüber, wie eine Demokratie im Einzelnen aussehen sollte“ (Niedermeyer 2001,95). Die konkrete Verfasstheit der politischen Ordnung wird auf der Strukturebene betrachtet und die alltägliche Funktionalität der politischen Ordnung auf der Performanzebene (Niedermeyer 2001, 95).

Ein Wertbezug wird häufig über politische Legitimation hergestellt: Die Einstellung der Bürger zur politischen Ordnung muss in einem bestimmten Maß erfolgen, um die Legitimität der politischen Ordnung zu bestätigen (vgl. Thaidingsmann 2010, 97ff.). Es geht hierbei also auch um die positive beziehungsweise negative Bewertung des Vorgefundenen in Bezug auf die Vorstellung darüber, wie es sein sollte. Allerdings ermöglichen die in der Einstellungsforschung meist genutzten standardisierten Erhebungsmethoden es in der Regel nicht, eigene Relevanzkriterien und selbst gewählte Bewertungsmaßstäbe an den Untersuchungsgegenstand heranzutragen (Schmidtke und Schneider 2012, 232). Entsprechend sind so gewonnene Befunde für die didaktische Auseinandersetzung im vorliegenden Versuch einer explorativen empirischen Annäherung an den Begriff politischer Ordnung nur bedingt nutzbar, da es gerade um subjektive Vorstellungen, also eigenen Relevanzkriterien und Bewertungsmaßstäbe geht. So lassen sich auch keine spezifischen Hypothesen formulieren, wohl aber generelle Grundannahmen für weitere Untersuchungen:

a) Schüler(innen) bezeichnen Demokratie als Staatsform positiv und wünschenswert (Schneekloth 2010, 138f.). Die Demokratie in Deutschland erfährt jedoch weniger Zustimmung (Schneekloth 2010, 136f.). Daraus ergibt sich die Annahme, dass *die Wahrnehmung der politischen Wirklichkeit, der Vorstellung von Demokratie nicht entspricht* und die sich daraus ergebene Differenz negativ konnotiert wird.

b) In der Shell Studie 2010 wird andauernde, vergleichsweise geringe Bereitschaft zur Aktivität für „soziale und politische Veränderung“ konstatiert (Schneekloth 2010, 152f.). Aufgrund dieses Befundes kann vermutet werden, dass *Schüler(innen) sich auch nicht als einflussreichen Teil des politischen Entscheidungsprozesses begreifen*. Ob dies positiv oder negativ bewertet wird, gilt es zu klären.

3.2. Erhebungsmethode

Im Fokus der Untersuchung stehen Schüler(innen) als typische Adressaten politischer Bildungsbemühungen. Das Forschungsbestreben zielt auf eine tiefgehende Analyse weniger Fälle. Drittvariablen lassen sich qualitativen Forschungsarbeiten mit geringer Fallzahl schlecht kontrollieren, wes-

ZeDiS-Arbeitspapier 5/2016

wegen die Stichprobe von vornherein vergleichsweise homogen gehalten wurde. Es ergibt sich eine Stichprobe aus einem Schüler (Bo) und zwei Schülerinnen (Ida, Polly) eines Soziologie-Leistungskurses des 11. Jahrgangs der gymnasialen Oberstufe in Bremen. Die Probanden blieben anonym. Die Erhebung fand außerhalb des Unterrichts statt. Zur Illustration der Erhebungs- und Auswertungsmethode werden Teilergebnisse einzeln dargestellt.

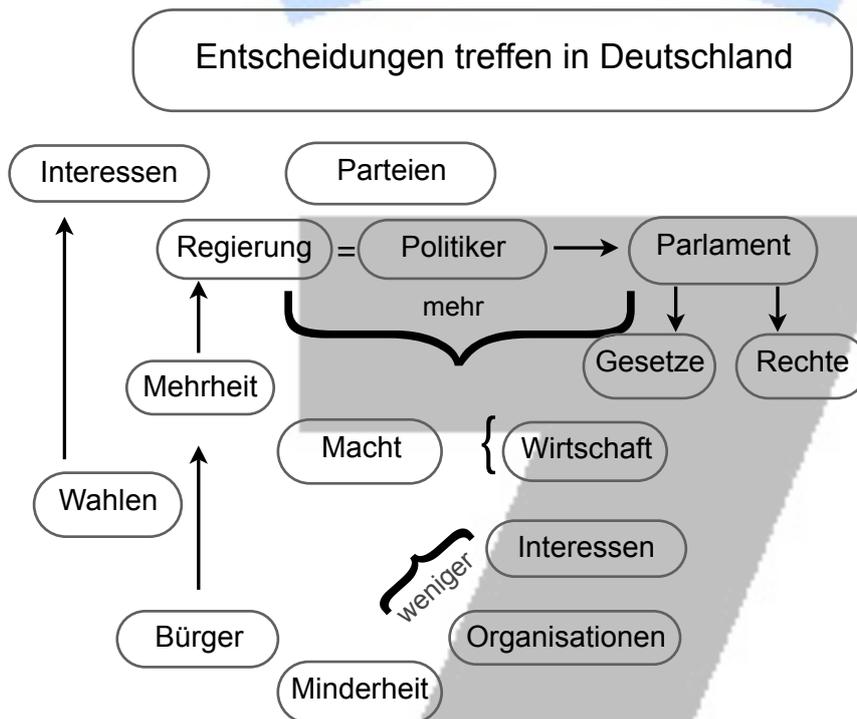
Um empirisch auf Vorstellungen zur Anerkennung politischer Ordnung schließen zu können, wurde in der Untersuchung ein über ein Concept Mapping strukturiertes Interview geführt (Stoyanov 1997, 320). Beim Concept Mapping sind die Probanden angehalten, den Forschungsgegenstand während des Interviews zu erschließen und strukturiert darzustellen (vgl. Groeben und Scheele 1988, Fischer und Mandl 2000, Nückles u. a. 2004, 20). Dazu wird ein thematischer Impuls gesetzt und der Proband angehalten, ein Thema durch das Anordnen und In-Beziehung-Setzen vorgegebener Begriffe strukturiert zu erschließen (Reiss und Abel 1999). „Begriffe bzw. zentrale Konzepte zu einer Thematik werden als Knoten in einem Netz aufgefasst und die Relation zwischen diesen Konzepten als Verbindungslinien (Pfeile) dargestellt, dadurch sollte der bestehende Zusammenhang zwischen den Begriffen deutlicher werden“ (Pelz u. a. 2004, 3). Durch gezieltes Nachfragen können die dargestellten Zusammenhänge im Anschluss an das Mapping genauer geklärt werden. Dadurch kann das Verfahren als ein problemzentriertes Interview (vgl. Flick 2007, 210) aufgefasst werden, indem der Proband den Problemkontext zuvor selbst erschließt (Kommers 1997, 283, Nückles u. a. 2004, 9). Diese Methode eignet sich besonders, da nicht davon ausgegangen werden kann, dass zu Beginn der Erhebungssituation bereits eine klar zu artikulierende Vorstellung zum Forschungsgegenstand besteht; diese kann im Prozess erschlossen werden (vgl. Lemme und Neuhof i. E., 119). Um den Zugang zum Forschungsgegenstand darüber hinaus zu erleichtern werden vorgefertigte Begriffskarten verwendet, die individuell ergänzt werden können.

Für die Durchführung des Concept Mapping bedarf es nun eines konkreten Themas. Die zugrundeliegende Forschungsfrage nach den Gründen der Anerkennung politischer Ordnung erscheint hierzu zu allgemein und ohne Kontext. Die Befürchtung ist, dass die Probanden damit überfordert und dadurch zurückhaltender in ihrem Antwortverhalten sind. Die Forschungsfrage wird deshalb in den Funktionsaspekt politischer Ordnung eingebettet. Versteht man Politik als Bestreben allgemeingültige Entscheidungen zu produzieren, lässt sich diese Funktionsweise auch über das Treffen von Entscheidungen, welche in die politische Ordnung eingebettet sind, begreifen. Als Thema des Concept Maps ergibt sich so die Formulierung „Entscheidungen treffen in Deutschland“. Die Formulierung wurde mit Blick auf eine Reduktion der Komplexität gewählt. Eine Eingrenzung durch den Zusatz „in Deutschland“ kann jedoch durchaus kritisch gesehen werden (vgl. Gosewinkel/Schuppert 2008).

ZeDiS-Arbeitspapier 5/2016

Zudem wurde der Zugang vereinfacht, indem bestimmte Begriffe bereits vorgegeben wurden. Gleich des höheren Grads an Strukturierung erfolgt das Antwortverhalten dennoch nicht-standardisiert. Diese wurden über von Student(innen) zum Thema erstellte Mind Maps ermittelt und um zentrale Begriffe aus der Fachliteratur erweitert. Nach der Erprobung in mehreren Pretests wurden folgende Begriffe verwendet: *Bürger, Gesetze, Interessen, Macht, Mehrheit, Minderheit, Organisationen, Parlament, Parteien, Politiker, Rechte, Regierung, Wahlen.*

Abb.1: Ergebnis des Concept Mappings (Ida)



Im Anschluss an das Mapping wurden die Probanden aufgefordert ihre Concept Map zu erläutern. Dabei werden gegebenenfalls konkrete Nachfragen gestellt. Darüber hinaus zielt die Gesprächsführung auf die Beantwortung folgender drei Fragen ab, welche sich in Anlehnung an Niedermeyers Unterscheidung in Werte-, Struktur und Performanzebene ergeben:

- ▶ Eigenschaften des politischen Systems: *Welche politischen Akteure sind auf welche Weise in den Entscheidungsprozess innerhalb der politischen Ordnung involviert?*
- ▶ Ausgestaltung der Entscheidung. *Wie wird die Funktionalität der Entscheidungsprozesse innerhalb der politischen Ordnung eingeschätzt?*
- ▶ Aspekte von Legitimation: *Welche normativen Wertmaßstäbe werden an den Entscheidungsprozess innerhalb der politischen Ordnung herangetragen?*

Die Klärung dieser Fragen dient dazu Rückschlüsse auf die Vorstellung über die bestehende politische Ordnung und normativen Gründe für dessen Anerkennung zu erzielen. Der Fokus liegt letztlich auf Vorstellungen über Legitimität und deren Rückwirkung auf politische Ordnung.

2.2 Darlegung der Auswertungsmethode

Ziel der Auswertung ist es mögliche Denkfiguren zur Anerkennung politischer Ordnung aufzudecken und zu beschreiben. Denkfiguren bilden typisierende, verallgemeinernde Vorstellungen und haben erklärenden Charakter (Klee 2008,27, vgl. auch Lutter 2005, Heidenmeyer 2006). Dazu erfolgt die Auswertung in Anlehnung an die qualitative Inhaltsanalyse nach Mayring (vgl. Klee 2008; Mayring 2003; Mayring 2002, Gropengießer 2005)¹⁴. Die Aussagen der Probanden werden zunächst in drei Schritten aufbereitet. Im ersten Schritt entstehen *geordnete Aussagen*: Die Interviewtranskripte werden zusammenfassend redigiert. Das heißt, Redundanzen werden heraus gekürzt und thematisch kohärente Aussagen gebündelt und geordnet (Klee 2008, 135f., Flick 2007, 410, Gropengießer 2005, 178f.). In der *Explikation* werden, zweites, die Aussagen in Hinblick auf die Anerkennung politischer Ordnung interpretiert. Drittens werden aus den Aussagen *Konzepte* extrahiert. Diese stellen „sprachlich verdichtete [...] Vorstellungen in Form grundlegender Behauptungen, Sätze und Aussagen“ (Klee 2008, 137) dar.

Tab. 1: Konzeptformulierung (Ida)

Ausgestaltung der Entscheidung

- ▶ Entscheidungsmaxime: *Die Entscheidungen der Regierung begründen sich in dem Wunsch nach Wiederwahl und ihrer allgemein wirtschaftlichen Orientierung.*
- ▶ Dominanz der Mehrheit: *Die Mehrheit hat Macht und wird von den Parteien umworben.*
- ▶ Unmündiges Wählen als Paradoxie: *Manche Wähler wählen nicht aufgrund wohl überlegter Motive, andererseits dürfen junge Bürger aus diesem Grund noch nicht wählen.*
- ▶ Engagement: *Bürger können durch Engagement versuchen Einfluss zunehmen, müssen dazu allerdings die Mehrheit im Volk für sich gewinnen.*
- ▶ Finanzierungsabhängigkeit: *Um den Staat zu unterhalten, ist er auf Geld angewiesen und muss diesen Umstand in die Entscheidungen einbeziehen.*

Aspekte von Legitimation

- ▶ Mitbestimmung: *Bürger können durch Organisation ihre Interessen artikulieren.*
- ▶ Mehrheit: *Unter bürgerlicher Mitbestimmung ist die Mehrheit ein geeignetes Legitimationsmaß.*

Eigenschaften des politischen Systems

- ▶ Beschränkte Identifikation: *Es gibt nicht für alle Interessen eine passende Partei.*
- ▶ Dysfunktionalität: *Es stehen keine geeigneten Mechanismen der Partizipation zur Verfügung.*
- ▶ Desinteresse: *Es besteht kein Interesse der Politiker, den Volkswillen in den Mittelpunkt von Entscheidungen zu rücken.*

ZeDiS-Arbeitspapier 5/2016

Diese Konzepte sind nun Grundlage für eine weiterreichende Strukturierung. Dazu werden gemeinsame Charakteristika der Schülervorstellungen herausgearbeitet. Zudem werden die Einzelkonzepte zu Denkfiguren über Gründe zur Anerkennung politischer Ordnung verdichtet (vgl. Klee 2008). Die Auswertung erfolgt damit kleinschrittig und systematisch, wodurch Transparenz und Nachvollziehbarkeit gewährt werden soll (vgl. Klee 2008, 31ff., Flick 2007, 487ff.). Das Interpretations- und Verdichtungsniveau steigt dabei sukzessive an.

3.3 Ergebnisse

3.3.1 Charakteristika der alltagsweltlichen Vorstellungen

Bürgerinteresse: In allen vorliegenden Konzepten spielt das Interesse der Bürger eine bedeutende Rolle. Eine Problematisierung des genauen Zwecks der Staatsaufgabe in Sinne bürgerlichen Interessen wird jenseits der Andeutung einer Regulierungsfunktion nicht genannt.

Differenz: Insgesamt wird, wie angenommen, ein Unterschied in dem normativen Anspruch an Entscheidungsstrukturen und deren tatsächliche Ausgestaltung wahrgenommen. Diese von den Schülern wahrgenommene Diskrepanz zwischen Ist- und Soll-Zustand drückt sich auf unterschiedliche Weise aus, lässt sich allerdings jeweils auf eine Mängelbeschreibung zurückführen. Für Bo orientieren sich politische Akteure zu sehr an privaten Interessen. Polly diagnostiziert Schwierigkeiten der Politiker, das Bürgerwohl zu ermitteln. Für Ida erfolgt die Diskrepanz aus unzureichenden Beteiligungsstrukturen.

Beschränkte Partizipation und Identifikation: In den Schülerkonzepten kommt zum Ausdruck, dass die bürgerlichen Einflussmöglichkeiten auf den Entscheidungsprozess begrenzt sind. So gibt es nicht für alle bürgerlichen Interessen eine ‚passende‘ Partei. Partizipationsmöglichkeiten bestehen lediglich in Wahlen und politischem Engagement innerhalb von Organisationen. Ob der Partizipationswille jedoch erfolgreich ist und inwieweit die Bestreben umgesetzt werden, hängt vor allem von den politisch Herrschenden ab. Die Möglichkeit in eine Partei einzutreten kommt entweder nicht zur Sprache oder wird verworfen. Von den Entscheidungen betroffen sind asymmetrisch zu der Partizipation jedoch alle Bürger. Auch diese Befunde entsprechen der geführten Grundannahme.

Separation: In den Schülervorstellungen wird die politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Ordnung voneinander abgegrenzt betrachtet. Sie agieren zwar miteinander, wirken aber voneinander abgekoppelt. Die politische Ordnung leitet sich nicht von gesellschaftlichen Dynamiken ab oder ist integrativer Teil einer sozialen Ordnung, sondern wird in einer nicht näher bestimmten Form oktroyiert. Aus dieser Sicht könnte die Wahrnehmung resultieren, dass die politischen Interessen von den bürgerlichen abgehoben sind und teils unverbindlich nebeneinander existieren. Der privatwirtschaftliche Bereich tritt in allen Konzepten bedeutungsvoll hervor. Er tritt jedoch als scheinbarer

ZeDiS-Arbeitspapier 5/2016

Gegenspieler zur Verwirklichung von Bürgerinteressen auf und wird unterschiedlich stark als negativ eingestuft.

3.3.2 Strukturierung der Schülerkonzepte

Die Konzepte können zu fünf Denkfiguren verdichtet werden. Überwiegend spiegeln sich diese in allen Konzepten wider. Lediglich eine Denkfigur ist ausschließlich Produkt eines einzelnen Konzepts. Die Bezüge und die Reichweite der jeweiligen Denkfigur sind jeweils kenntlich gemacht.

Anerkennung aufgrund der Verwirklichung der Bürgerinteressen (Bo, Polly, Ida)

Die Anerkennung politischer Akteure und politischer Entscheidungen bezieht sich darauf, inwieweit die getroffenen Entscheidungen den Bürgerinteressen entsprechen. Das Wesen dieses Bürgerinteresses wird unterschiedlich stark problematisiert. Überwiegend ist es kumulativ und entspricht einer Mehrheit, die sich zwischen angebotenen Wahlmöglichkeiten entscheidet. Bestehen verschiedene Interessen nebeneinander, müssen die politisch Verantwortlichen darüber entscheiden, welche durchgesetzt werden und welche nicht (Polly, Ida). Die Schwierigkeit, dem einen Bürgerinteresse überhaupt praktisch entsprechen zu können, wird nur von Polly thematisiert. Sie problematisiert, dass politisches Handeln am Wohl des Bürgers orientiert sein kann, dabei jedoch nicht deckungsgleich mit den bürgerlichen Interessen sein muss. Insgesamt besteht der Anspruch, dass zumindest der Wunsch, dem Bürgerinteresse politisch zu folgen, auf Seiten der Politiker gegeben sein muss. So entsteht ein Legitimationsdefizit, sobald Entscheidungen beispielsweise an Eigeninteressen, Klientel-Interessen sowie Interessen privater Unternehmen orientiert sind.

Anerkennung aufgrund von Wahlen (Bo, Polly, Ida)

Ein legitimes politisches System baut auf der Idee von Wahlen auf. Die Mehrheit der Betroffenen darf über die Fragen des Zusammenlebens entscheiden. Die Minderheit hat sie schützende Rechte, muss aber den durch Mehrheit getroffenen Entscheidungen Folge leisten. Durch die Wahl politischen Personals wird das Mehrheitsverhältnis der Bevölkerung in das politische System übertragen (Polly). Auch hier wird stets über Wahlen im Mehrheitsprinzip entschieden.

Ausdifferenzierte Gütekriterien für die Durchführung von Wahlen - mit Ausnahme des Mehrheitsprinzips - bestehen kaum. Das Mittel der Wahl findet seine legitimierenden Grenzen in der Anzahl der Alternativen und der Ausdifferenziertheit des Wahlobjekts. Je größer beides ist, umso anerkennungswürdiger ist die Wahl. Gleichzeitig schwindet dadurch jedoch eine klare Mehrheit, was die auf Mehrheit beruhende Entscheidung illegitimer werden lässt (Bo, Ida). Durch direktdemokratische Mitbestimmung bei bestimmten Themen können die Mehrheiten genauer bestimmt werden (Polly). Zudem sinkt Qualität der Wahl mit der Unmündigkeit der Wähler (Ida).

Legitimer Einfluss (Bo, Polly, Ida)

Neben der Wahl politischen Personals bestehen noch andere indirekte Möglichkeiten, Einfluss auf politische Entscheidungen zu nehmen. Durch zivilgesellschaftliche Organisationen können sich Personen mit gleichen Interessen zusammen schließen und in der Öffentlichkeit für ihre Interessen werben. Die populärste Form dieser Einflussnahme ist die Organisation von oder die Teilnahme an Demonstrationen. Durch stark besuchte Demonstrationen kann es gelingen, auf bestimmte Themen oder auf die Unzufriedenheit mit politischen Entscheidungen aufmerksam zu machen. Dies gelingt vor allem aufgrund der massenmedial geprägten Gesellschaft. In den Medien wird dieses zivilgesellschaftliche Interesse potenziert. Der indirekte Einfluss erfolgt somit insbesondere über Agenda-Setting (Bo). Zudem wirkt die öffentliche Thematisierung gesellschaftlicher Fragen meinungsbildend. Die Bevölkerung kann sich anhand dieser und der Reaktion der Politik darauf eine Meinung von der Effizienz des politischen Handelns bilden. Eventuell ergeben sich dadurch neue Mehrheiten in der Bevölkerung. Außerdem können Organisationen den Verantwortlichen Vorschläge zur Bearbeitung oder Lösung von Problemen machen, auf die diese eventuell zurück greifen (Polly). Ein möglicher Einfluss liegt also auch in der Bereitstellung von Informationen. Das Ausmaß und die Möglichkeit, indirekten Einfluss über organisierte Interessen zu nehmen, hängt vom persönlichen Engagement der Bürger ab. Nur wer sich einbringt, kann auch erwarten, gehört zu werden (Ida).

Legitimer indirekter Einfluss ist damit stets zivilgesellschaftlich motiviert. Einfluss, dem wirtschaftliche Interessen zugrunde liegen, wird dagegen weniger toleriert (Polly, Ida) oder sogar als illegitim klassifiziert (Bo).

Anerkennung aufgrund Verlässlichkeit (Bo, Polly, Ida)

Die Begrenztheit des Wahlmechanismus zur Rekrutierung politischen Personals in Bezug auf Probleme der mittelfristigen Bindung, lässt sich durch Verlässlichkeit abfedern. Legitimität entsteht durch die Vertrauenswürdigkeit des politischen Personals und die Verlässlichkeit ihrer Aussagen. Der Bürger kann in seine Wahl vertrauen und muss sich nicht für eine mutmaßlich präferierte Partei entscheiden, deren eigentlichen Ziele er nicht erraten kann. Durch Transparenz des Entscheidungsprozesses (Bo), Offenlegen der jeweiligen Motive (Ida) sowie öffentlicher und verständlicher Begründung der Entscheidung (Polly) kann das Vertrauen in politische Entscheidungen gestärkt werden.

Legitimationsdefizite entstehen durch Vertrauensbruch, indem z. B. dadurch, dass Wahlversprechen nicht eingehalten werden oder Verschleierung inakzeptabler Motive, wie z. B. der Handlungsmotivation aufgrund von Korruption oder Eigeninteresse.

Die Entscheidungen von Politiker sind im besonderen Maße legitim, da sie die gesamte Gesellschaft in den Blick nehmen. Politiker verfügen im Gegensatz zu Privatbürgern über so etwas wie eine berufliche Expertise.

Ausgangspunkt innerhalb dieser Denkfigur ist, dass ein Privatbürger ausschließlich seine eigenen Interessen verfolgt und sich wünscht, dass genau diese verwirklicht werden. Perspektivisch steht nur er und sein Nahbereich im Mittelpunkt. Anders als der Privatbürger handeln Politiker idealer Weise nicht eigenrational zur Befriedigung persönlicher Interessen. Ihre Perspektive umfasst den gesamten Staat. Daraus resultiert, dass Politiker Lösungen für eine Vielzahl von gesellschaftlichen Belangen finden müssen. Ihren Entscheidungen stehen dispersen Interessen gegenüber. Neben diesen müssen sie verschiedene Faktoren jenseits der bürgerlichen Interessenlage, wie z. B. wirtschaftliche Entwicklungen, berücksichtigen. Ihre Qualifikation für diese schwierige Aufgabe ziehen sie aus ihrer Erfahrung und Bildung.

Die besondere Expertise von Politikern bedeutet nicht per se, dass sie legitimiert sind. Sie kann jedoch zu einer höheren Anerkennungswürdigkeit von Entscheidungen beitragen.

4. Zusammenfassung und Ausblick

Insgesamt bestätigen die Befunde die grundlegende Vorstellung der Volkssouveränität als Charakteristikum politischer Ordnung (worauf auch die großen Jugendstudien z.B. Shell Jugendstudie 2010 oder Deutscher Jugendsurvey 3 verweisen). Die Gründe für die Anerkennung politischer Entscheidungen - und damit implizit der politischen Ordnung - sind in den vorliegenden Denkfiguren entsprechend am Bürger orientiert. Die Ausrichtung an den Bürgerinteressen sowie deren Abbildung durch Wahlen, die zivile Partizipation, die Vertrauenswürdigkeit von Politikern und die professionelle Expertise politischen Personals können als Maßstäbe politischen Urteilens gelten. Zu prüfen ist, inwieweit diese auch in anderen Kontexten politischen Urteilens Anwendung finden. Auch stellt sich die Frage, inwieweit bestehende Denkfiguren als Urteilsmaßstäbe bereits durch den Unterricht vermittelt sind. Hiermit stellt sich die Frage nach den Bedingungsgefüge für die Ausprägung bestimmter Denkfiguren beziehungsweise der Vernachlässigung anderer. Auf Basis der Kenntnis weiterer möglicher Denkfiguren (zur Anerkennung politischer Ordnung) lassen sich durch anschließende Wirkungsforschung auch Rückschlüsse auf die politischer Urteilsbildung ziehen. Denkbar wären hier verschiedene experimentelle Designs mit Lernimpulsen (vgl. Klee et al. 2014, 82f.).

ZeDiS-Arbeitspapier 5/2016

Überdies verweisen die Befunde implizit auf einen noch höheren Grad an Ausdifferenzierung von Anerkennungsgründen, die innerhalb der vergleichsweise kleinen Stichprobe nur indirekt zur Sprache kamen. Diese Vermutung wird auch durch Befunde aus der fachwissenschaftlichen Forschung bestärkt (vgl. Nullmeier u.a. 2010). Die Befunde geben daher insgesamt Anlass zu weiterführender Forschung bezüglich andere potentieller Gründe für die Anerkennung politischer Ordnung (siehe Tabelle 2).

Tab. 2: Hinweise auf weiter lebensweltliche Vorstellungen zur Anerkennung politischer Ordnung

Denkfigur	Potentielle Ausdifferenzierung
Anerkennung aufgrund der Verwirklichung der Bürgerinteressen	Gemeinwohlorientierung, Generationengerechtigkeit, politische Mündigkeit, Relevanz politischer Themen, Nachvollziehbarkeit der Entscheidungen
Anerkennung aufgrund von Wahlen	Handlungsfähigkeit, Abbildung bürgerlicher Interessen, Verfahrenseffizienz
Legitimer Einfluss	Deliberation, Transparenz, Zivile/Soziale Interessen, Trennung von Politik und Wirtschaft
Anerkennung aufgrund Verlässlichkeit	Vertrauenswürdigkeit, Effektivität, Seriosität, Rechenschaft
Anerkennung aufgrund Expertise	Professionalität, Wir-Perspektive, Fortschrittlichkeit

Mit Blick auf eine politikdidaktische Auseinandersetzung stellt sich dahingehend die Frage nach einer möglichen Typenbildung. Das heißt, es stellt sich die Frage, inwieweit das Set an genutzten Anerkennungsargumenten für die politische Urteilsbildung bei verschiedenen Lernern variiert, wie sich diese bedingen und zusammenhängen. Anschlussmöglichkeit zu dieser Frage bilden die Arbeiten im Bereich *Political Behavior* zum Framing (vgl. Nelson und Oxley 1999, Sniderman und Thériault 2004). Framing ist „a way of selecting, organizing, interpreting, and making sense of a complex reality to provide guideposts for knowing, analyzing, persuading and acting. A frame is a perspective from which an amorphous, ill-defined, problematic situation can be made sense of and acted on“ (Rein und Schön 1993, 146 zit. nach Schneider und Janning 2006, 177). Frames sind dabei weder Produkt einer individuellen Bewusstseinsentwicklung noch konfliktfrei. „Mit diesem Begriff verbindet sich die Vorstellung, dass die öffentliche Kommunikation stets solche Interpretationsmuster für soziale Gegebenheiten bereitstellt, die sich mehr oder minder große Teile der Bevölkerung zu eigen machen, und die eben darum in der Lage sind, die „öffentliche Meinung“ zu einem Thema zu lenken“ (Marcinkowski 2014, 7). Frames werden also gerade dann herangezogen, wenn eine eigenständige Urteilsbildung versagt. Dies ist nicht nur ein starkes Argument für die Bemühungen politischer Bildung, sondern auch eine weitere Forschungsperspektive auf den Prozess der

politischen Urteilsbildung. So können neben Vorstellungen und Denkfiguren andere, mehrdimensionale Konfigurationen epistemologischer Überzeugungen wie etwa Frames insbesondere Aufschluss über den Prozess des politischen Urteilens in einer komplexeren Betrachtungsweise geben. Der Gegenstand der politischen Ordnung scheint hierfür insgesamt als sehr geeignet.

Literatur

- Baumert, Jürgen/ Kunter, Mareike 2006 Stichwort: Professionelle Kompetenz von Lehrkräften. In: Zeitschrift für Erziehungswissenschaften 9 (4), S. 469-520.
- Bransford, John D. u.a.(Hrsg.) 2000 How people learn. Brain, Mind, Experience and School. Washington D.C.
- Brodocz, André u.a. (Hrsg.) 2008 Bedrohung der Demokratie. Wiesbaden.
- Dahlgren, Lars Owe 1991: Die Gesellschaft aus Schülerperspektive. In: Grammes, Tilman/ Wicke, Kurt (Hrsg.) Die Gesellschaft aus der Schülerperspektive: Schwedische Beiträge zu einer didaktischen Phänomenographie. Hamburg, S. 35-46.
- Flick, Uwe 2007 Qualitative Sozialforschung - Eine Einführung. Reinbek bei Hamburg.
- Fuchs, Dieter, 2002: Das Konzept der politischen Kultur: Die Fortsetzung einer Kontroverse in konstruktiver Absicht. In: Fuchs, Dieter (Hrsg.) Bürger und Demokratie in Ost und West: Studien zur politischen Kultur und zum politischen Prozess. Wiesbaden, S. 27 – 49.
- Geis, Anna u.a. (Hrsg.) Der Aufstieg der Legitimitätspolitik. Rechtfertigung und Kritik politisch-ökonomischer Ordnungen, Leviathan Sonderband/27. Baden-Baden
- Gosewinkel, Dieter/ Schuppert, Gunnar Folke 2008 Politische Kultur. Auf der Suche nach Konturen eines schillernden Begriffs. In: Gosewinkel, Dieter/ Schuppert, Gunnar Folke (Hrsg.) Politische Kultur im Wandel von Staatlichkeit. Berlin, S. 11-40.
- Grammes, Tilman/ Wicke, Kurt 1991: Schülerkonzepte - Leistungen und Grenzen eines Paradigmas in den sozialwissenschaftlichen Fachdidaktiken. In: Grammes, Tilman/ Wicke, Kurt (Hrsg.) Die Gesellschaft aus der Schülerperspektive: Schwedische Beiträge zu einer didaktischen Phänomenographie, Hamburg. S. 91-107.
- Gropengießer, Harald 2005 Qualitative Inhaltsanalyse in der fachlichen Lehr-Lern-Forschung. In: Mayring, Philip/ Gläser-Zikuda, Michaela (Hrsg.) Die Praxis der Qualitativen Inhaltsanalyse. Weinheim, S. 172-189.
- Gropengießer, Harald 2001 Didaktische Rekonstruktion des Sehens – Wissenschaftliche Theorien und die Sicht der Schüler in der Perspektive der Vermittlung, Oldenburg.
- Helferich, Cornelia 2011 Die Qualität qualitativer Daten. Wiesbaden.
- Hurd, Ian 2005 Legitimacy. In: Martin Griffiths (Hrsg.) Encyclopedia of international relations and global politics. Abingdon, S. 501-502.
- Juchler, Ingo 2005 Demokratische und politische Urteilskraft. Überlegungen zu einer normativen Grundlegung der Politikdidaktik. Schwalbach/Ts.
- Kattmann, Ulrich 2004 Unterrichtsreflexion im Rahmen der Didaktischen Rekonstruktion, In: Seminar – Lehrerbildung und Schule, 10 (3), S. 40-49.
- Klee, Andreas 2007 Politische Urteilsbildung. In: Dirk Lange (Hrsg.) Basiswissen Politische Bildung (Band 2). Baltmannsweiler, S. 142-151.
- Klee, Andreas 2008 Entzauberung des Politischen Urteils. Eine didaktische Rekonstruktion zum Politikbewusstsein von Politiklehrerinnen und Politiklehrer, Wiesbaden.
- Klee, Andreas u. a. 2013 Von Tischen, Königen und Politikleuten – Das narrationsbasierte Verstehen von Begriffen und seine Bedeutung für die sozialwissenschaftliche Bildung. Zeitschrift für die Didaktik der Gesellschaftswissenschaften. Jg.4, Heft 2, S. 96–120.

ZeDiS-Arbeitspapier 5/2016

- Klee, Andreas u. a. 2014 Der Wandel von Staatlichkeit als Ausgangs- und Zielpunkt politischer Urteilsbildung. In: Eis, Andreas/ Salomon, David (Hrsg.) Gesellschaftliche Umbrüche gestalten. Transformationen in der Politischen Bildung. Schwalbach/Ts, S. 77 - 90.
- Lange, Dirk 2007 Politikdidaktische Rekonstruktion, In: Lange, Dirk/ Reinhardt, Volker (Hrsg.) Basiswissen Politische Bildung (Band V). Baltmannsweiler, S. 58-65.
- Lemme, Luisa/ Neuhof, Julia (im Erscheinen) Verstehensweisen von Staat – eine empirische Untersuchung der Lernersicht. In: Weißeno, Georg/ Schelle, Carla (Hrsg.) Empirische Forschung in gesellschaftswissenschaftlichen Fachdidaktiken - Ergebnisse und Perspektiven. Wiesbaden, S. 111- 125.
- Luhmann, Niklas 2002 Das Erziehungssystem der Gesellschaft. Frankfurt/M.
- Luhmann, Niklas 2004 Einführung in die Systemtheorie. Heidelberg.
- Luhmann, Niklas 2004 Schriften zur Pädagogik. Frankfurt/M.
- Lutter, Andreas 2007 Schülervorstellungen. In: Lange, Dirk/ Reinhardt, Volker (Hrsg.) Basiswissen Politische Bildung (Band V). Baltmannsweiler, S. 74-80.
- Lutter, Andreas 2011 Integration im Bürgerbewusstsein von SchülerInnen. Wiesbaden.
- Mayring, Philipp 2002 Einführung in die Qualitative Sozialforschung. Weinheim.
- Mayring, Philipp 2003 Qualitative Inhaltsanalyse – Grundlagen und Techniken. Weinheim.
- Mietzel, Gerd 2003 Pädagogische Psychologie des Lernens und Lehrens. Göttingen.
- Nelson, Thomas/ Oxley, Zoe 1999 Issue Framing Effects on Belief Importance and Opinion. The Journal of Politics. Jg. 61, Heft 4, S. 1040-1067.
- Niedermayer, Oskar 2005 Bürger und Politik. Politische Orientierungen und Verhaltensweisen der Deutschen. Wiesbaden.
- Nückles, Matthias u. a. 2004 Mind Maps & Concept Maps - Visualisieren, Organisieren, Kommunizieren, München.
- Nullmeier, Frank u. a. 2010 Prekäre Legitimitäten. Rechtfertigungen von Herrschaft in der postnationalen Konstellation. Baden-Baden.
- Pelz, Corinna u. a. 2004 Knowledge Mapping als Methode zur Auswertung und Ergebnispräsentation von Fokusgruppen in Markt und Evaluationsforschung, in: Forum Qualitative Sozialforschung 5 (2).
- Pickel, Susanne/ Gert Pickel 2006 Politische Kultur- und Demokratieforschung. Wiesbaden.
- Reiss, Kristina/ Abel, Jürgen 1999 Die Diagnose deklarativen Wissens mit Hilfe von Concept Maps. In: Henning, Herbert (Hrsg.) Mathematik lernen durch Handeln und Erfahrung. Oldenburg, S. 175-184.
- Renkel, Alexander 2009 Lehren und Lernen. In: Tippelt, Rudolf/ Schmidt, Bernhard (Hrsg.) Handbuch Bildungsforschung. Wiesbaden, S. 737-752.
- Richter, Dagmar 2008 Kompetenzdimension Fachwissen - Zur Bedeutung und Auswahl von Basiskompetenzen. In: Weißeno, Georg (Hrsg.) Politikkompetenz - Was Unterricht zu leisten hat. Wiesbaden, S. 152- 168.
- Scheele, Brigitte/ Groeben, Norbert 1988 Dialog-Konsens-Methoden zur Rekonstruktion Subjektiver Theorien. Tübingen.
- Schubert, Klaus/ Klein, Martina 2007 Das Politiklexikon. Bonn.
- Schmidtke, Henning/ Schneider, Steffen 2012 Methoden der empirischen Legitimationsforschung. Legitimität als mehrdimensionales Konzept. In: Geis, Anna u.a. (Hrsg.) Der Aufstieg der Legitimitätspolitik. Rechtfertigung und Kritik politisch-ökonomischer Ordnungen, Leviathan Sonderband/27. Baden-Baden, S. 225 - 244.
- Schneider, Volker/ Janning, Frank 2006 Politikfeldanalyse. Akteure, Diskurse und Netzwerke in der öffentlichen Politik. Wiesbaden.
- Schnotz, Wolfgang 1998 Conceptual Change. In: Rost, Detlef (Hrsg.) Handwörterbuch Pädagogische Psychologie. Weinheim, S. 53-57.

ZeDiS-Arbeitspapier 5/2016

Seel, Norbert 2000 Psychologie des Lernens. München.

Sniderman, Paul/Theriault, Sean 2004 The Structure of Political Argument and the Logic of Issue Framing. In: Saris, Willem/ Sniderman, Paul (Hrsg.) Studies in Public Opinion. Princeton, S. 133-165.

Stachura, Mateusz 2005 Die Deutung des Politischen. Ein handlungstheoretisches Konzept der politischen Kultur und seine Anwendung. Frankfurt/M.

Stoyanov, Svetoslav 1997 Cognitive Mapping as a Learning Methode in Hypermedia Design. In: Journal of Interactive Learning Research 8 (3/4), S. 309-323.

Vössing, Konstantin 2014 Parteien und Bürger: Wer folgt wem? In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Heft 22-23, S. 40-45.

Weißeno, Georg 2014 Quantitative empirische Forschung in der Politikdidaktik. In: Sander, Wolfgang (Hrsg.) Handbuch politische Bildung. Bonn, S. 102-112.

Weißeno, Georg u.a. 2010 Konzepte der Politik - Ein Kompetenzmodell. Bonn.

